

EU und NATO, welche Zukunft?

Prof. Dr. Albert A. Stahel

Drei verschiedene Gruppen und Akteure wirken zum gegenwärtigen Zeitpunkt gleichzeitig auf die EU und die NATO ein:

1. die europäischen Nationalisten Geert Wilders, Marine Le Pen, Norbert Hofer, Frauke Petry, Jörg Meuthen
2. Donald Trump mit seiner Relativierung der EU und der NATO
3. Putin mit seinem Ziel der Schwächung der EU und der NATO

Die Nationalisten

In den europäischen und amerikanischen Medien werden der Niederländer Geert Wilders, Vorsitzender der Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit), die Französin Marine Le Pen, Vorsitzende des Front National (FN), der Österreicher Norbert Gerald Hofer, Vorstandsmitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und Frauke Petry und Jörg Meuthen, Parteivorsitzende der Alternative für Deutschland

(AfD) pauschal als **Populisten** bezeichnet. Die Bezeichnung Populismus ist vom lateinischen Wort *populus* abgeleitet. Im späteren Rom wurde mit *populus* das (gesamte) Volk bezeichnet.¹ Da die erwähnten Anführer aufgrund der zahlenmässigen Stärke ihrer Parteien nicht das gesamte Volk vertreten können, ist die Bezeichnung **Populisten** für sie nicht zutreffend. Aufgrund der durch sie vertretenen Politik und ihrer Ablehnung der überstaatlichen Organisationen NATO und EU sind sie als **Nationalisten** (aus dem Lateinischen *natio*, u.a. Volksstamm²) zu bezeichnen. Ein Nationalist ist ein Vertreter des Nationalismus. Im Fremdwörterbuch von Duden ist der³

«Nationalismus ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das Macht und Grösse der eigenen Nation als höchsten Wert erachtet.»

Genau dieses Denken und diese Ziele vertreten Wilders, Le Pen, Hofer, Petry und Meuthen. Sie stellen ihre Nation und ihren Staat über jede internationale Organisation und Einrichtung und lehnen deshalb auch die NATO und die EU ab. Wilders, Le Pen, Hofer, Petry und Meuthen lehnen alle auch Freihandelsabkommen ab und fordern vehement den Austritt ihrer

¹ Menge, H., Langenscheidts Taschenwörterbuch der Lateinischen und Deutschen Sprache, Langenscheidt, Berlin, München, Wien, Zürich, 1963, S. 404.

² Menge, H., S. 345

³ Duden Fremdwörterbuch, Bibliographisches Institut, Mannheim, 1966, S. 468.

Staaten aus der EU, NATO und der Währung Euro. Der eigene Staat und damit die eigene Nation sollen wieder die volle Souveränität erlangen. In diesem Sinne hat der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, BREXIT, für sie Vorbildcharakter. Auch im Motto «America First» des neuen US-Präsidenten Donald Trump und seiner Kritik an der NATO sehen diese europäischen Nationalisten eine hohe Übereinstimmung.

Aufgrund der parteipolitischen Traditionen in den Niederlanden, in Frankreich, Österreich und Deutschland dürfte keine der erwähnten Parteien in absehbarer Zeit eine Mehrheit der Stimmenden für sich gewinnen können. Ein Beispiel dafür sind die letzten Wahlen in den Niederlanden und das Unterliegen von Hofer gegenüber dem Gegenkandidaten Alexander Van der Bellen in der Stichwahl vom 4. Dezember 2016 zum Bundespräsidenten. Trotz dieser Einschränkung ist zu beachten, dass alle vier Parteien bereits heute einen grossen Anteil in der Wählerschaft für sich haben gewinnen können. Vor allem in den Niederlanden und Österreich hat dieser Wähleranteil dazu geführt, dass die Nationalisten die konservativen Parteien dazu gezwungen haben, verschiedene ihrer Ziele zu übernehmen. Dazu gehört insbesondere die vehemente Ablehnung des Islam. Ein Beispiel dafür war die Konfrontation zwischen dem türkischen Präsidenten Erdogan und dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte betreffend die türkische Wahlpropaganda für Erdogan im Vorfeld der Wahlen in den Niederlanden.

In diesem Sinne treiben die Nationalisten Europas die konservativen Parteien ihrer Heimatstaaten vor sich her und zwingen ihnen die Übernahme einzelner ihrer Ziele auf. Damit tragen sie auch zur Destabilisierung ihrer Heimatstaaten und der EU bei.

Auswirkungen der Amtseinsetzung von Donald Trump als US-Präsident auf die Sicherheit und Wirtschaft Europas

Ob Donald Trump die Nachforschungen über die Russland-Verbindung seines Teams politisch überstehen wird oder nicht, bereits heute sind nach seiner Amtseinsetzung negative Auswirkungen auf das politische Verhältnis zwischen den USA und Europa erkennbar. Donald Trump hat im Wahlkampf die Zukunft der EU hinterfragt und den BREXIT begrüsst. Dies hat bei seiner Amtseinsetzung auch zu einer Distanzierung zwischen Brüssel und Washington DC geführt.

Des Weiteren hat Trump in den Wahlen die Existenz der NATO hinterfragt und von den Europäern finanzielle Mehrleistungen für die gemeinsame Verteidigung gefordert. Offenbar unter dem Einfluss seines Verteidigungsministers James Mattis, ein ehemaliger Vierstern-General des US Marine Corps, hat er seine Aussagen betreffend der NATO in der Zwischenzeit etwas relativiert und sich zur NATO bekannt. Dagegen verlangen er und Mattis weiterhin von den europäischen NATO-Mitgliedern ein Mehr an finanziellen Leistungen. Entsprechend dem Beschluss der NATO am Gipfel in Wales von 2014 sollen die NATO-Staaten 2% ihres Bruttonettoproduktes für ihre Verteidigung ausgeben. Diese Forderung von Trump ist insbesondere in Deutschland auf Widerstand gestossen. So lehnen die deutschen Sozialdemokraten die Umsetzung dieses NATO-Ziels bereits heute ab. Für sie darf in keinem Fall die Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu Lasten der Sozialausgaben erfolgen. Dagegen wäre die CDU bereit dieser Forderung schrittweise nachzukommen. In Deutschland nimmt gleichzeitig der Anti-Amerikanismus stetig zu.

Auch die früheren Sympathiekundgebungen von Donald Trump für den russischen Machthaber Wladimir Putin sind in Europa, angesichts der russischen Interventionen und Kriegführung in Syrien und in der Ukraine, auf Unverständnis gestossen.

Die entscheidende Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Europa ist aber das Ergebnis der Forderung von Trump an die deutsche Regierung den Handelsüberschuss Deutschlands gegenüber den USA zu beseitigen und mehr für die eigene Infrastruktur auszugeben. Diese Forderung von Trump ist seitens der deutschen Regierung und Wirtschaft auf massive Ablehnung gestossen. Die deutsche Regierung unter Frau Merkel argumentiert dabei, dass Deutschland viele Kompetenzen betreffend der Wirtschafts- und Finanzpolitik an Brüssel und an die ECB abgegeben hätte und in vielen Fragen des Handels nicht mehr autonom entscheiden könne. Es ist nicht auszuschliessen, dass Trump, sofern er im Amt bleibt, willens wäre eine Konfrontation mit Deutschland anzuzetteln. In diesen Zusammenhang gehört auch die Ablehnung von Trump gegenüber jedem Freihandelsabkommen, so auch zwischen der EU und den USA.

Die Anti-EU-Einstellung von Trump und seiner Administration könnte langfristig zu einer Entfremdung zwischen den USA und Europa führen, die nicht mehr korrigierbar wäre.

Putins Ziel, die Zerstörung der EU und der NATO

Um dieses Ziel erreichen zu können, betreibt Wladimir Putin eine Strategie in zwei Stossrichtungen. Einerseits sucht er dank der Balkan-Abteilung des Russischen Institutes für strategische Studien den Einfluss Russlands auf Politiker früherer Satelliten der UdSSR zu verstärken. Zielländer sind Ungarn, die Slowakei und Bulgarien. Über die Beeinflussung führender Poli-

tiker und unter Ausnützung sowjetischer Netzwerke in diesen drei Staaten will Putin in Schritten die Kohäsion der NATO in Frage stellen. Ein gutes Beispiel für diese Strategie ist die Förderung der Wahl von Rumen Radev durch Russland zum Präsidenten Bulgariens.⁴ Unter Bezugnahme auf die gemeinsame Geschichte, Religion und slawische Kultur verlangt dieser bulgarische Präsident von der EU die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Russland.

Die zweite Stossrichtung der russischen Strategie ist die finanzielle Unterstützung und Instrumentalisierung der europäischen Nationalisten Wilders, Le Pen und der Anführer der AfD für die russischen Ziele.⁵ Mit Hilfe der Nationalisten will Russland die Kohäsion in der EU schwächen. Gleichzeitig könnten die russischen Hacker in die Homepage der politischen Gegner der Nationalisten eindringen und diese in den kommenden Wahlen mit echten und auch falschen Informationen über ihre Gegner versorgen. Gleichzeitig könnte die russische Informationskampagne versuchen die europäischen Medien über Agenturen wie Sputnik zu beeinflussen. Zu dieser Propaganda gehört auch die Hochstilisierung von BREXIT als Vorbildcharakter für andere austrittswillige Staaten aus der EU. Dass diese Art der Einflussnahme auf Wahlen sehr wirkungsvoll sein kann, hat der Wahlkampf zwischen Hillary Clinton und Donald Trump gezeigt. Ohne die Verbreitung von echten und falschen Meldungen über Clinton mit Hilfe von Wikileaks hätte Donald Trump seinen Wahlsieg wahrscheinlich nicht erlangt.

Die Schwächung der EU ist das Nahziel von Putin. Deren Restrukturierung ist sein Fernziel.

⁴ Parkinson, J., and G. Kantchev, Document: Russia Meddles in Elections, in: The Wall Street Journal, March 24-26, 2017, P. A1/A6.

⁵ France: Marine le Pen Meets Russian President, Stratfor, March 24, 2017, 14:47 GMT.

Fazit

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt befindet sich Europa in einem Zangenriff zwischen der Ablehnung durch den US-Präsidenten Donald Trump und den Strategien des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Während der erste Präsident über Twitter gegen die EU und die NATO polemisiert und damit die Kohäsion von Europa gefährdet, nützt der zweite Präsident die zunehmende Verunsicherung der europäischen Staaten in der EU und der NATO aus und setzt gezielt seine Massnahmen gegen die zunehmende Schwächung der beiden Organisationen ein. Aufgrund der Gleichzeitigkeit dieses Vorgehens könnte man beinahe eine Absprache zwischen Trump und Putin bei der Schwächung der EU und der NATO vermuten.

Angesichts der Möglichkeit, dass Trump aufgrund seiner Russland-Verbindung durch ein „Impeachment“ abgesetzt werden könnte, besteht die Möglichkeit, dass Putin seine Ziele nicht vollumfänglich erreichen wird. Durch den bisher durch Trump bereits in Gang gesetzten Prozess besteht aber die Gefahr, dass auch nach seiner Absetzung früher oder später Ungarn, Slowakei und Bulgarien sich von die EU wie auch von der NATO trennen werden. Kurzfristig wäre dies eine weitere Schwächung der beiden Organisationen, langfristig könnten aber beide Organisationen von der Trennung dieser unzuverlässigen Mitgliedstaaten profitieren und dadurch wieder ihre frühere Kohäsion erlangen.



Prof. Dr. Albert A. Stahel, ehemals Dozent für Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich, verstärkt das Team von Portas Capital.

Portas Capital AG, Vermögensverwalter und Berater in Fragen der Anlagestrategie, Portfolio Konstruktion und Produkte Selektion baut im Hinblick einer weiteren Expansion sein Beraterteam weiter aus. Prof. Dr. Albert A. Stahel berät die Portas Capital AG und ihre Kunden.

Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Von 1980 bis 2006 war er hauptamtlicher Dozent für Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich. Ab Wintersemester 1986 bis heute ist Albert A. Stahel Titularprofessor der Universität Zürich für das gleiche Lehr- und Forschungsgebiet. Seine Forschungsergebnisse wurden in über 400 Beiträgen in internationalen und nationalen Fachzeitschriften publiziert, ausserdem auch in Büchern und Buchbeiträgen. Seit Oktober 2006 ist er Leiter des Instituts für Strategische Studien in Wädenswil. Albert A. Stahel veröffentlichte Publikationen zu aktuellen Themen wie Geopolitik und Geostrategie und unternahm Studienreisen nach China, in die USA, nach Zentralasien, Afghanistan, Russland und in die arabische Welt. In der Schweizer Armee ist Prof. Dr. Albert A. Stahel Oberstleutnant a.D. der Fliegertruppen.

Disclaimer

Die Informationen und Meinungen in diesem Bericht wurden von Portas Capital am angegebenen Datum erstellt und können sich ohne vorherige Mitteilung ändern. Der Bericht wurde einzig zu Informationszwecken publiziert sowie an eine ausgewählte Anzahl natürlichen und juristischen Personen unter Vertraulichkeit versandt. Der Bericht wurde ohne Berücksichtigung der Zielsetzungen, der finanziellen Situation oder der Bedürfnisse eines bestimmten Kunden erstellt. Die Informationen stammen aus oder basieren auf Quellen, die der Portas Capital als zuverlässig erachtet. Dennoch kann keine Gewähr für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Informationen geleistet werden. Die Portas Capital lehnt jede Haftung für Verluste aus der Verwendung dieses Berichts ab. Der Bericht enthält keinerlei Empfehlungen rechtlicher Natur oder hinsichtlich Investitionen, Rechnungslegung oder Steuern. Verweise auf frühere Entwicklungen sind nicht unbedingt massgebend für künftige Ergebnisse. Die Weiterverwendung des Berichts sowie damit verbundene Erkenntnisse dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung von Portas Capital geschehen. Die Publikation des Newsletters oder Teile davon dürfen nicht in öffentlich zugänglichen Medien erscheinen.